

Unternehmen außer Kontrolle

Runder Tisch Brasilien, 03.-05.12.2010 in Weimar

Forum 3: Aktivitäten von ThyssenKrupp im Bundesstaat Rio de Janeiro

ReferentInnen: Christiane Gerstetter (European Center for Constitutional Rights ECCHR), Marcos da Costa Melo (FUGe Hamm / KoBra), Christian Russau (KoBra / FDCL)

Moderation: Kirsten Bredenbeck (KoBra)

Protokoll: Christian Russau



Christiane Gerstetter (European Center for Constitutional Rights ECCHR) referierte den historischen, aktuellen sowie den juristischen Kontext des Stahlwerks von ThyssenKrupp an der Bucht von Sepetiba, ergänzt durch Inputreferate von Marcos da Costa Melo (FUGe Hamm / KoBra) und Christian Russau (KoBra / FDCL).

Ein kurzer Überblick: "Stahl für den Export – Fischer in die Arbeitslosigkeit. Der Konflikt um das umstrittene Stahlwerk von ThyssenKrupp in Rio de Janeiro"

Der Hochofen des neuen Stahlwerks von ThyssenKrupp in Rio ist seit Juni 2010 in Betrieb – und schon wurde das Werk vom Umweltamt wegen "crime ambiental", also Umweltverbrechen in der

wörtlichen Übersetzung, zu einer Strafzahlung von umgerechnet 750.000 Euro verurteilt. Das Stahlwerk hat Probleme beim Stranggussverfahren, so dass das weißglühende Roheisen aus dem Hochofen in die Notgruben umgeleitet werden muss. Wegen des abrupten Luftkontakts entweichen dem Roheisen, bei einer Temperatur von 1.700° Celsius, diverse Metalloxide, Gase und weitere Eisenbegleitstoffe. Diese fielen als "weißer Staub" seit Mitte Juni auf die AnwohnerInnen des Stahlwerks in Santa Cruz, 70 Kilometer westlich des Stadtzentrums von Rio de Janeiro. Hustenreiz, Risswunden in der Haut beim intuitiven Versuch, den Staub von der Haut wegzuwischen, und Krankenhausbesuche sind die Folgen, von denen die AnwohnerInnen der Presse berichten.

Die Staatsanwaltschaft von Rio de Janeiro hat gegen das Tochterunternehmen von ThyssenKrupp, die Companhia Siderúrgica do Atlântico (TKCSA), den Projektleiter des Stahlwerks, Friedrich-Wilhelm Schäfer, sowie den Umweltdirektor, Álvaro Francisco Barata Boechat, wegen massiven Umweltverstößen Anklage erhoben. Seit Betriebsstart im Juni 2010 habe das Stahlwerk weit über zulässigen Grenzwerten liegende Schadstoffe in die Umgebung abgegeben. Die Staatsanwaltschaft stützt sich dabei auf ein Gutachten des Instituts für Geowissenschaften der Bundesuniversität Rio de Janeiro, dass ein Überschreiten der zulässigen Grenzwerte in der Umgebung des Stahlwerks bei einigen Schadstoffen teilweise bis zu 600 Prozent überschritten wurden. Die vom Stahlwerk ausgestoßenen Schadstoffe stellten eine "Bedrohung der menschlichen Gesundheit dar, vor allem für die direkten Anwohner im Gebiet von Santa Cruz", so die Staatsanwaltschaft von Rio.

"Ein Stahlwerk der Ausmaße wie CSA, das in 2010 fertiggestellt wurde, darf es nicht unterlassen, angemessene Sicherheits- und Kontrolltechnologie einzubauen, die dazu dienen sollte, jegliche Emission von Schadstoffen in Luft und Wasser vorzubeugen und zu kontrollieren", erläuterte der Staatsanwalt Daniel Lima Ribeiro. Sollten die Vorwürfe gerichtlich bestätigt werden, so drohen den Projektverantwortlichen bis zu neunzehn Jahre Haft. Des Weiteren drohen eine Strafzahlung, die komplette oder partielle Schließung der Anlage sowie der zeitweise Ausschluss von Staatsaufträgen für einen Zeitraum von fünf Jahren, sowie die Aberkennung von Steuererleichterungen. Dies teilte die Staatsanwaltschaft am 3. Dezember auf ihrer Kommunikationsplattform mit.

Anwohner des Stahlwerks hatten Umweltverstöße bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Staatsanwaltschaft teilte in der Pressemitteilung des weiteren mit, dass in der nun angelaufenen Klage gegen das Stahlwerk auch die Vorwürfe, der Werkschutz des Unternehmens setze sich aus so genannten Mafiamilizen zusammen, Gegenstand der Untersuchung sein werde. Die seit 2007 gegen das Stahlwerk protestierenden Fischer, denen durch den Bau des Stahlwerks ihre Lebensgrundlage geraubt wurde, hatten seit 2008 wiederholt von den Bedrohungen durch diese in der Region herrschenden, paramilitärischen Gruppen berichtet.

Die Fischer, die auf ihr Anliegen auch bereits Anfang dieses Jahres auf der Aktionärsversammlung von ThyssenKrupp in Bochum durch Protest aufmerksam gemacht hatten, verklagen das ThyssenKrupp-Stahlwerk auf Verdienstauffälle beim Fischfang vor den Zivilgerichten in Rio de Janeiro. Die Tageszeitung Folha de São Paulo berichtete Ende November dieses Jahres, dass die in den sieben Zivilklagen zusammengeschlossenen 5.763 Fischer bis zu 300.000 Reais Entschädigung fordern – dies entspräche einem Gesamtbetrag von umgerechnet bis zu 756 Millionen Euro.

Lieferungen an dieses umstrittene Stahlwerk waren auch mit staatlichen Hermesbürgschaften in Höhe von 200.000 Euro abgesichert worden, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf schriftliche Fragen der Bundestagsabgeordneten Ute Koczy ersichtlich ist. "Die Anklageerhebung gegen ThyssenKrupp ist eine Ohrfeige für die Bundesregierung, die nicht müde wird zu betonen, dass ihre Umweltprüfung bei der Vergabe von Hermesbürgschaften höchsten Standards genüge", kommentiert Heike Drillisch von GegenStrömung, einer Initiative, die sich gemeinsam mit Partnerorganisationen für eine Reform der Bürgschaftsvergabe einsetzt. "Das staatsanwaltschaftliche Vorgehen in Brasilien ist ein drastisches Alarmsignal, dass sowohl die Umwelt- als auch die Menschenrechtsprüfung dringend verbessert werden muss", so Drillisch.

Und die Fischer?

Die direkt vom Projekt betroffenen Fischer sind energisch gegen dieses Projekt. "Wir sind 8.000 Fischer hier, von denen jeder an die fünf Familienmitglieder ernährt", erläutert der Fischer Pedro (Name geändert, Red.). Das macht an die 40.000 Menschen. "Wir Kleinfischer zählen wohl nicht in der Rechnung, die Lula aufmacht, wenn er von 30.000 neuen Arbeitsplätzen redet", so der Fischer weiter. Und in einem Land wie Brasilien sei es halt so, dass fast nur zähle, was der Präsident für richtig halte. "Das ist das Problem, wenn Du in einem Land lebst, wo alles von ganz oben entschieden wird, präsidential, und wir hier unten die Ergebnisse sehen", meint Pedro.



Die Fischer sehen durch das Stahlwerk ihren Lebensunterhalt bedroht. Was war geschehen? Der Ärger um das Stahlwerk fing Anfang 2007 an. Damals hörten die Fischer der Bucht von Sepetiba zum ersten Mal von den Plänen, dass an ihrer Bucht das größte Stahlwerk Lateinamerikas gebaut werden sollte. Daraufhin versuchten sie, mit Verantwortlichen der Firma Kontakt aufzunehmen, um Genaueres zu erfahren. Doch sie erhielten keinen Termin. Dann passierte irgendetwas in der Bucht, was die Fänge der Fischer um bis zu 80 Prozent zurückgehen ließ. Die Fischer sind sich sicher, dass bei den Ausbaggerungsarbeiten für den Hafen die Sedimente unsachgemäß aufgewirbelt wurden, so dass die an den Feststoffen sich anreichernden Schwermetalle Zink, Kadmium und Arsen wieder freigesetzt wurden. Diese hochtoxischen Stoffe entstammen der bereits in den 80er Jahren pleite gegangenen Zinkfabrik Ingá Mercantil, auf deren brachliegendem Grundstück in den neunziger Jahren ein Damm gebrochen war: Unzählige Tonnen an Schwermetallen ergossen sich damals in die Bucht. Fischfang war jahrelang nicht möglich.

Doch durch den Ablagerungsprozess war die Wasserqualität in der Bucht im Lauf der Jahre wieder besser geworden, berichten die Fischer. Doch dann kam ThyssenKrupp. Die deutsche Firma kannte sehr wohl die örtlichen Begebenheiten. Beim Erwerb des Geländes war die Verseuchung der Sedimente in der Bucht kein Geheimnis. ThyssenKrupp und die Regierung von Rio vereinbarten die Modalitäten, unterschrieben Umweltschutzvereinbarungen und die Verträge über Steuerleichterungen. Und dann kamen ab 2007 die Ausbaggerungsschiffe, die für ThyssenKrupp

den Hafenzugang tiefer ausbaggern sollten – und auf einmal blieben die Netze der Fische von Tag zu Tag leerer. Die Fischer mutmaßen, dass die toxischen Sedimente wieder aufgewirbelt wurden – und dass dadurch die Fischbestände so dramatisch gesunken sind. Hinzu kommt, dass ihre Bucht seitdem mehr und schneller versandet: die Strömungen haben sich geändert, und die Fischer müssen durch den Schlick zu ihren Booten staken. "Das habe ich ein paar Mal gemacht", berichtet Pedro. "Danach hatte ich sofort schlimmsten Ausschlag an den Beinen. Das dort ist alles komplett verseucht!" Hinzu kommt: "ThyssenKrupp hat genau an der Stelle die Hafeneinfahrt ausbaggern lassen, die wir Fischer seit Generationen schützen, weil dort die bevorzugten Laichgründe der Bucht sind", erklärt Pedro. So fangen die Fischer bis heute nur bis zu einem Fünftel ihrer vorigen Beträge – dies geht aus den Statistiken des Fischereiverbandes FAPESCA des Bundesstaates Rio de Janeiro hervor.

Der Protest der Fischer ging weiter. Mit 42 Fischerbooten haben sie im Jahr 2008 ein Industrieschiff umzingelt, das mit Aushebungsarbeiten für den Hafenzugang beschäftigt war, und so die Bauarbeiten für mehrere Stunden unterbrochen. Erst dann erklärte sich ein Verantwortlicher des Kruppstahlwerks zu Gesprächen bereit. "Am Nachmittag um vier kam dann jemand Hohes von der Firma – er wurde mit einem Hubschrauber zu uns geflogen", berichtete der Fischer Luis Carlos. Danach – so erzählte Luis Carlos im Gespräch mit *ifa*, als er Anfang dieses Jahres nach Deutschland gekommen war – kam es zu einem Treffen mit VertreterInnen der Firma. "Aber was sie uns zeigten, war ein Video über das tolle, neue Stahlwerk – und wie schön alles werden würde", so der Fischer.

Luis Carlos ist seit 50 Jahren Fischer. Den Beruf hat er im neunten Lebensjahr von seinem Großvater gelernt, der auch Fischer an der Bucht von Sepetiba war. Luis Carlos ist wegen früher Kinderlähmung Rollstuhlfahrer – und er ist Fischer aus Leidenschaft. Doch Fischen kann er nicht mehr. Sein Boot liegt verlassen, ebenso ist sein Haus verwaist. Denn am 6. Februar 2009 um 11 Uhr Vormittags erhielt er die letzte Warnung: Er befand sich gerade mit anderen Fischern auf der Straße, als ein Auto neben ihnen anhielt. Die getönten Scheiben des Wagens wurden heruntergelassen – und die Insassen des Autos zeigten dem am Straßenrand haltenden Fischer Luis Carlos demonstrativ eine Waffe. In den Gegenden in Rio de Janeiro, in denen die Milizenmafias herrschen – und Sepetiba gehört zu diesen Gebieten – ist dieses Zeichen unmissverständlich: "Du wirst sterben."

"Um 16 Uhr am gleichen Nachmittag habe ich den Bundesstaat Rio de Janeiro verlassen", berichtet Luis Carlos. Seither musste er in vier verschiedenen Bundesstaaten leben, ohne jeden Kontakt zu seiner Familie. Seit gut einem Jahr wird Luis Carlos von der brasilianischen Bundespolizei geschützt – sein Aufenthaltsort ist nur den wenigen MitarbeiterInnen des Bundesprogramms zum Schutz für Menschenrechtsverteidiger bekannt. Die Aufnahme in das Menschenrechtsschutzprogramm der brasilianischen Bundesregierung wurde Luis Carlos in einem Dokument bescheinigt. In dem heißt es, dass er "Morddrohungen von Polizisten (Zivil- und Militärpolizisten) und von Milizionären" erhalten hat. In Bezug auf die Milizionäre fährt das Dokument wörtlich fort: "Milizionäre, die mutmaßlich angestellt sind für den Werkschutz der Gruppe ThyssenKrupp, die gemeinsam mit Vale do Rio Doce verantwortlich ist für den Bau des Stahlwerks CSA". Die brasilianische Bundesregierung geht demnach davon aus, dass der Werkschutz der TKCSA "mutmaßlich" aus Milizionären besteht.

Mit dieser Aussage steht der Fischer nicht allein. Ein hochrangiger Gewerkschafter des brasilianischen Gewerkschaftsverbandes CUT hat schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitskräfte des Stahlwerks TKCSA erhoben. Auf einer Anhörung der Menschenrechtskommission des Parlaments des Bundesstaates Rio de Janeiro sagte Jadir Baptista, Mitglied des Direktoriums der CUT im Bundesstaat Rio de Janeiro, dass er beim Versuch, im Rahmen seiner Gewerkschaftsarbeit die Mitarbeiterunterkünfte des Stahlwerks TKCSA aufzusuchen, von einem der dortigen Sicherheitskräfte unter Androhung von Schusswaffengebrauch daran gehindert. "Die haben uns dort rausgeworfen. Mit Revolver am Kopf", sagte der CUT-Gewerkschafter aus. Dies geht aus der Niederschrift des Wortprotokolls der Anhörung vom 14. Dezember vergangenen Jahres hervor. Der Gewerkschafter Jadir berichtete weiter, dieses Vorgehen sei reines Banditentum: "Die werfen dort alle raus, mit der Waffe am Kopf."

Das Problem der Mafiamilizen in der Westzone Rio de Janeiro ist bekannt. Amnesty International organisierte im vergangenen Jahr eine Eilaktion für die von den Milizen bedrohten ParlamentarierInnen, und die Heinrich Böll Stiftung hatte schon im Jahre 2008, gemeinsam mit brasilianischen Partnerorganisationen, einen Hintergrundbericht zu den Milizen in Rio de Janeiro verfasst. Darin wird erklärt, wie die Angst vor den lokalen Milizen die Strafverfolgung gleichsam unterdrückt. Es ist das Gesetz des Schweigens, an das sich alle in der Region halten, wenn sie ihr Leben nicht in Gefahr bringen wollen.

Der Fischer Luis Carlos hat die Gefahr gekannt. Er hat dennoch darüber öffentlich gesprochen. Seitdem lebt er versteckt. Im Januar dieses Jahres war Luis Carlos dann nach Deutschland gefahren. Auf Einladung des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre trug er auf der Hauptversammlung der Aktionäre von ThyssenKrupp am 21. Januar in Bochum den Protest der Fischer von Sepetiba vor – und griff den Vorstand von ThyssenKrupp scharf an: „ThyssenKrupp beutet das Erz aus, uns Fischern bleibt die Schlacke!“, rief er gegen Ende seiner bewegenden Rede den Aktionärinnen und Aktionären zu. Und die Reaktion der deutschen Firma? Weist alle Vorwürfe entschieden zurück. Keine Umweltschäden. Keine Milizen, die als Werkschutz operieren. Keine Entschädigungen. Keinen Dialog.

Doch die von ThyssenKrupp ausgestrahlte Selbstsicherheit wird brüchig. Die Zahl der Fischer, die in sechs Sammelklagen gegen den Konzern juristisch vorgehen, ist mittlerweile auf über 5.700 angestiegen; Die Menschenrechtskommission des Parlaments von Rio hat mehrere Untersuchungen eingeleitet; Die Staatsanwaltschaft von Rio ermittelt gegen ThyssenKrupp als auch gegen das Umweltamt; Die Nichtregierungsorganisation Germanwatch zeigt anhand des Fallbeispiels des ThyssenKrupp-Stahlwerks im Rahmen der europaweiten Kampagne "Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen" der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) die rechtlichen Lücken der Unternehmenshaftung für Auslandstätigkeiten europäischer Konzerne auf. Und nun mobilisieren sich die AnwohnerInnen des Stahlwerks wegen der vom Stahlwerk ausgehenden Gesundheitsgefährdung. Mittlerweile scheint auch der Regierung von Rio zu dämmern, dass so ein Stahlwerk mit dem sauberen Image von Olympia nicht ganz in Einklang zu bringen sein wird. Sehr schnell war das Umweltamt von Rio nach den ersten größeren Medienberichten mit Abhilfe zur Hand: Strafzahlung, Drosselung der Produktion und Einbau weiterer Filteranlagen. Zuvor hatte es das Umweltamt nie sonderlich eilig gehabt. Die Daten zur Qualität des Wassers der Bucht von Sepetiba hält das Amt nach wie vor unter Verschluss – dies obwohl rechtskräftige Aufforderungen zur Veröffentlichung vorliegen: die Menschenrechtskommission des Parlaments von Rio hatte die Daten vor Monaten angefordert. Vielleicht arbeitet das Umweltamt einfach ein wenig langsamer als üblich. Schließlich muss erst der Dienstsitz des Amtes renoviert werden – ThyssenKrupp hatte dafür großzügig umgerechnet zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Auf der Aktionärsversammlung hatte Aufsichtsratschef Gerhard Cromme gegenüber den anwesenden AktionärInnen eingestanden, dass "beim Controlling vor Ort die Komplexität unterschätzt" worden war. Cromme fügte hinzu, dass ein interner Prüfungsausschuß von ThyssenKrupp aus Deutschland nach Brasilien gefahren war, und dieser "in Brasilien Falsches, Widersprüchliches und Mißverständliches" als Auskunft bekommen habe. Karina Kato vom Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul (PACS) aus Rio, die die Fischer in ihrem Kampf gegen den Industriegiganten unterstützt, sieht darin eine Bestätigung ihrer Kritik: "Wenn ThyssenKrupp dergleichen eingesteht, dann müssen wir ihnen sagen, dass auch wir es Leid sind, von ThyssenKrupp Falsches, Widersprüchliches und Mißverständliches als Auskunft zu bekommen", so Kato. "Wenn laut ThyssenKrupp beim Stahlwerkbau alles in Ordnung ist, dann werden sie ja auch nichts gegen eine unabhängige internationale Untersuchungskommission haben, die vor Ort allen Vorwürfen nachgeht, unbehinderten Zugang zu allen Informationen hat und mit allen Parteien direkt und vertraulich reden kann", forderte die Mitarbeiterin von PACS. Doch von einer solchen Kommission, so wusste bereits im Frühjahr das Handelsblatt zu berichten, "will der Konzern nichts wissen".

